

Merseburger Korrespondenz

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Ersteinst täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Wochenpreis monatl. 1,10 Bfr. einchl. Postgebühren, inkl. 6 Bogen.
Der Inhalt: Abrechnung für den Monat, die Ereignisse des Monats, die
Wochenpreise monatl. u. vierteljährlich. — Einzelnnummer bei
einem Umfang von 4 Seiten 5 Bfr., 6 Seiten 6 Bfr. und 8 Seiten 7 Bfr.
Im Falle von Abwesenheit (Ermittlung, Krankheit) wird der Empfänger seinen
Nachbarn oder Bekannten den Inhalt über ein Nachbarn des Postbesitzers
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Anzeigenpreis: Für den achtzehnhundertfünfundvierzigsten 400 Bfr.
im Monat mit 18,00 Bfr. für die ersten 100, 10 Bfr. für die nächsten 100,
und 7 Bfr. für die übrigen 100. — Abrechnung am Ende des Monats.
Postfachnummer: Klein 89020.
Verantwortl. Redaktions 424, Geschäftsstelle 406.
Verlag: Verlag des Reichs Volksbildungsvereins e. V., Kreis Merseburg, Leipzig.

Mit der Inhabung „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“ und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“, der „Merseburger Korrespondenz“, der „Merseburger Korrespondenz“, der „Merseburger Korrespondenz“

Nr. 246.

Donnerstag den 19. Oktober 1922

49. Jahrg.

Marktstabilisierung.

Morgen in der neuen Marktkommission? — Der Dollar für 1000? — Während der Pariser „Comps“ bei der Besprechung der Ergebnisse der Weisse Herrschaft den inoffiziellen Versuch macht, durch harte und nur aus der Annahme heraus verständliche, von keinerlei Kenntnis der Tatsachen besetzte Anmerkungen über deutsch-englische Querschnittsfragen gegen England zu einem Teil zwischen Deutschland und England zu verhandeln, während andererseits diese Verhandlungen in sich zusammenfassen werden, weil man sich endlich die Gewissheit über das Resultat des Beschlusses und damit die einseitige Fortsetzung unserer Dispositionen als gefährdet betrachtet werden kann, werden zugleich an den Reparationskommissionen Verhandlungen an den Pariser Konferenzen zu einer Marktstabilisierung geführt, über die freilich über dieses Wort hinaus aus den Nachrichten selbst gar nichts Bestimmtes zu entnehmen ist.

Vorgeschrieben hat die ganze Sache eine in Paris erscheinende amerikanische Zeitung, die die Information eines Schweizerischen Wirtschaftlers enthält, der irgendwo etwas halb gehört, dieses sollte zur Hälfte verstanden und den Rest, in Summa also Dreizehntel der ganzen Geschichte, aus eigenen Beobachtungen hat. Denn wirtschaftlich sind diese Anmerkungen zum ersten Mal zu nehmen.

Was zunächst die rein persönlichen Mitteilungen des erwähnten Mannes angeht, so scheint es anzunehmen, daß eine Wiederannahme bestimmter im Laufe dieses Jahres durch Frankreich verprovianten Lieferungen bevorsteht. Hierin Morgen, der auch diesmal wieder die Führung übernehmen wird, soll sich nun optimistisch über die Möglichkeiten einer internationalen Reparationskonferenz äußern, die gerade Frankreich am meisten erwünscht wäre (was Frankreich bestimmt nicht gebietet hat, die Anteile im Mai, als sie noch leicht zu haben gewesen wäre, zu liquidieren) und die gleichzeitig dazu dienen könnte, die Welt in die Richtung zu bringen, daß ein Dollarkurs von 70 bis höchstens 1000 A. aufrecht erhalten werden könnte. Die bei dieser letzten Angelegenheit Währungsfrage der Deutschen unermessliche Substitutionskraft in Deutschland müsse man eben in Kauf nehmen, da sie in keinem Falle zu umgehen ist.

Somit Morgen, oder vielmehr der Morgen der „Chicago Tribune“. Denn es ist kaum anzunehmen, daß ein Mann wie Morgan solche Informationen ergäbe, nachdem der kurze Zeit vor der amerikanischen Konferenz die Dinge in der Welt mit größter Klarheit nachgesehen hat, daß nur die Währungsfrage und die Erzeugung der deutschen Produktion wiederum einmal eine deutsche Zahlungsfähigkeit herstellen könnte, die heute schon nicht vorhanden ist, obwohl die deutsche Produktion noch voll beschäftigt war. Mac Kenna sieht damals vor, eine Steigerung der deutschen Produktion, die Verabsicherung eines Ausfuhrüberschusses und damit auch einer späteren deutschen Zahlungsfähigkeit wäre, durch eine lange Abnahme in der Reparation zu ermöglichen.

Wenn nun heute von einer Marktstabilisierung geredet wird, bevor in der Reparationsfrage irgend etwas Entscheidendes geschehen ist; wenn französische, englische und amerikanische Stellen unter diesem Schlagwort eine gleichzeitige Mitwirkung der deutschen Zahlungsfähigkeit um den Preis einer deutschen Substitutionskraft sich vorstellen können, dann ist aus dieser Gesichtspunkt der Welt noch nur das eine zu entnehmen, daß der Markt nicht nur die von ihm betroffenen Deutschen allein werden gemacht hat. Es kann nur vorläufig nur recht sein, wenn der Markt aus ausländischen Währungen hat; und vor der Weltmarkt, wie für die einseitig erwünschte Weltung etwas Leistung anfräglich, braucht uns schon deshalb nicht bange zu sein, weil wir keine praktische Möglichkeit sehen, diese Weltmarkt in kurzer Zeit möglich zu machen.

Unter einer Stabilisierung der Welt hat man sich, wenn man wirtschaftlich bekommen bleiben will, einen allmählichen und sukzessiven Abbau vorzustellen, der der Industrie Zeit läßt, sich auf eine Deflation zu einstellen. Die Währungen, die eine Deflation ihrer Macht in der Wirtschaftswelt gehabt hat, sind ein vornehmtes Beispiel; in Deutschland hat dies in viel höherem Grade als die Produktionskraft eine wirtschaftliche Krise aus der industriellen Produktion aufgeführt hat, wäre die Wirkung nicht etwa eine Abnahme, sondern eine allgemeine Wirtschaftskrise und Staatskrise. Daß die Weltwirtschaft über die Marktstabilisierung erörtert wurde, und daß auch die amerikanische Öffentlichkeit an ihr teilnehmen will, kann uns nur recht sein; aber wir müssen hervorheben, daß Deutschland noch einige andere Gründe in dieser Diskussion ins Treffen zu führen hat als die Gründe, die aus den Sorgen ausländischer Gläubiger stammen, die selbst etwa wieder Schuldner des großen Weltgläubigers Amerika sind.

Die neuen Reparationspläne.

Nicht gerade bekanntlich als die Pläne einer Marktstabilisierung sind die Verhandlungen der angloamerikanischen Konferenz, die Frankreich aus bei einem Versuch der britischen Konferenz zu Maßnahmen gegenüber Deutschland vorbereitete und damit schon heute ankündigte, über den Kopf der Reparationskommission hinweg handeln zu wollen. Der „Internationalist“ teilt die Reparationskommissionen entgegen dem Willen der Konferenz mit, daß die Reparationskommissionen nicht nur keine Befugnisse haben, sondern auch keine Befugnisse, die sie nicht erfüllen können. Und gewisse Pläne wegen der chemischen Industrie und wegen der Rüstungsindustrie wurden erwähnt. Gegen den Willen einer längeren Verhandlung, heute die Erfüllung von Seite der Welt — Österreich läßt sich nicht erkennen. Nur in viel, das man drüben in Frankreich weiter behauptet. Jetzt aber mehr nichts als grob-herberdlich...

Das Stinnesabkommen durch die Marktwertung gefährdet.

Berlin, 19. Okt. (Druckbericht unserer Berliner Redaktion.) Der Stinnesvertrag ist in Berlin, wo er mit Egoismus ausgiebig über das Heimatsland abhandelt, hat in politischen Kreisen fürcht man davon, daß das Abkommen Stinnes-Deubert in Folge der Marktwertung gefährdet sei.

Hilfering lehnt den Staatskredit ab.

Berlin, 19. Okt. (Druckbericht unserer Berliner Redaktion.) Der frühere unabhängige Abgeordnete Dr. Hilfering, den der Posten eines Staatskreditrats im Finanzministerium angeboten worden war, hat diesen Posten abgelehnt.

Dementi.

Berlin, 19. Okt. (Druckbericht unserer Berliner Redaktion.) Der „Korrespondenz“ bringt heute die Mitteilung von einer Differenz zwischen dem Reichsfiskus und dem Reichspräsidenten in der Frage der Verwahrung des Reichspräsidenten. Diese Meldung entspricht, wie wir erfahren, jeder Begründung.

Die „traurige Nahele“.

Berlin, 19. Okt. (Priv.-Telegr.) über die Strafverhütung der im Reichspräsidenten verurteilten Angeklagten erfuhr der Reichspräsident, hat sich dem Reichspräsidenten im Reichshaus Sommerburg, d. Salomon und Niedrig dem Reichshaus Brandenburg gegenüber, den von der Weisung des Reichspräsidenten Angeklagten werden Hans Herz Ludwig und Hans die Strafen in Abschnitte verhängen, während die Strafen nach Abschrift wird.

Der 11. August als Nationalfeiertag.

Berlin, 19. Okt. (Priv.-Telegr.) Das preussische Staatsministerium wird nach den Ministern im Reichstag für die Einsetzung des 11. August als Nationalfeiertag einwirken und sich dafür einsetzen, daß an diesem Tage allgemein in den Reichslanden gefeiert werden soll.

Das Kompromiß in der Reichspräsidentenwahl.

Wie zu erwarten war, ist gestern die Verhandlung zwischen der Deutschen Volkspartei und der Weisung Sozialdemokratie in der Frage der Wahlentscheidung zu Ende gekommen. In der etwa einseitigen Verhandlung beim Reichspräsidenten war als Ergebnis ein Antrag (Priv.-Telegr.) festgestellt worden, demzufolge durch ein verfassungsmäßiges Gesetz die Amtszeit des gegenwärtigen Reichspräsidenten bis zum 1. Juli 1923 verlängert werden soll. Die Parteiführer hatten zunächst erklärt, ihre Fraktionen befragen zu müssen. Nachmittags stellte sich dann heraus, daß die Verhandlung leichter war, als man erwartet hatte. Die Deutsche Volkspartei fand sich mit dem verfassungsmäßigen Charakter des im Reichstag herbeizuführenden Gesetzes ab, und die Sozialisten willigten in eine Verlängerung der von ihnen auf 7 Jahre beschränkten Amtszeit des Reichspräsidenten um ein Jahr weniger. Um 9 Uhr kam man dann wieder beim Reichspräsidenten zusammen, um loszusagen die Unterschriften unter den „Pakt“ zu setzen.

Das Kompromiß im Reichstag.

Berlin, 19. Okt. (Priv.-Telegr.) Der Antrag, der Ebert das Amt eines verfassungsmäßigen Reichspräsidenten für den Rest seiner Amtszeit bis zum 30. Juni 1923 verliehen wird, wurde einstimmig angenommen. Die zu der Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit wird jedenfalls erreicht, da die aus Reichslandern und Kommunisten bestehende Opposition es in höchsten Maße auf 70 bis 80 von den 460 Stimmen bringen wird.

Somit ist der — Habel beendet. Wir stellen fest, daß er nötig wurde, weil das deutsche Volk nicht föhig ist, eine allgemeine Volkswahl geschlossen vorzunehmen. Die Hauptschwierigkeit lag darin, daß die halbwegs gerichteten Wähler durch eine etwaige Einbürgerungsabstimmung in große Verlegenheit gekommen wären. Das Kompromiß erpariert uns nun zwar einen Wahlkampf, zeigt uns aber ununter politischen Tiefstand, der die Parteien zwingt, sich auf den Übergangsbestimmungen der Reichsverfassung vorzunehmen (Art. 118 kommt in Frage), anstatt verfassungsgemäß zu wählen. Das ist kein Ruhmesblatt!

Weshalb ist eigentlich an der Entscheidung nur, daß sich die „Große Koalition“ von der Volkspartei bis zur U.S.P.D. hier einmal zusammengelassen hat.

Die bayerische Denkschrift zur Wirtschaftslage.

München, 18. Okt. (M.D.Z.) Die bayerische Staatsregierung hat an die Reichsregierung eine Denkschrift gerichtet, die sich zunächst mit den sich gegen besonders in Bayern geltend machenden Auswirkungen der Leertouristenabstimmung beschäftigt. Sie betont, daß an dem Vorliebe der Reichsregierung:

Zeit, dann Reparationen

unter allen Umständen festgehalten werden müsse, ebenso müsse nicht die Wirtschaft, sondern der Staat herrschen. Als Maßnahmen zur Verhütung weiterer Verschlechterung der Welt und zur Beförderung ihres Wertes dringt die bayerische Regierung u. a. in Vorschlag: Sicherung der Ruhe und Ordnung im Inland, strenge Sparsamkeit im Reichshaus, mögliche Verhinderung der Ausfuhr lebenswichtiger im Inlande nicht genügend vorhandener Waren, Einschränkung des inländischen Verbrauchs auf das Unentbehrliche, Verhinderung der Einfuhr von Luxuswaren, mögliche Veranlassung der

Dollar heute mittag 11 Uhr: 3200.

Frankreich und die Reparationsfrage.

Paris, 19. Okt. (Dr.-Telegr.) Die „Ligue“ schreibt: Eine neue Verzögerung der französischen Reparationsfragen hat gestern im Rat der Reparationskommissionen festgehalten. Zwei Seiten es, daß England am Freitag eine vollkommenen französischen Gegenplan unterbreiten würde, der ausläsliche Reparationsfragen der Finanzen und des Währungsplans in Deutschland, gegebenenfalls unter Vorbehalt und Verhütung der Reparationsfragen enthalten ließe. Schließlich ist man sich aber dahin geeinigt zu haben, die Frage nicht in ihrem ganzen Umfang vor die Reparationskommission zu bringen. Vorläufig Bescheid wird durch eine Anzahl nicht von Plänen und Entschlüssen werden. Dies wird bei internationalen Konferenzen besprochen werden, vor der die französische Regierung ihren Standpunkt zu entwickeln beabsichtigt.

Die Untersuchung betr. die Berliner Sonntagsnacht.

Berlin, 19. Okt. (Priv.-Telegr.) Die Untersuchung über die Veranlassung des Paris Anfalls ist gestern nachmittags im Reichspräsidenten abgeschlossen worden. Reichspräsident Hindenburg und Oberst Rauffschke werden heute dem Minister des Innern Seeger Bericht erstatten. Dieser wird darauf im Hinblick die in der Sache eingeleiteten Untersuchungen beantworten. Wie bekannt, hätte gegen den Kommandanten der Polizeigruppe Mitte sowie einige nachgerückte Beamte ein Verfahren eingeleitet werden.

Übermacht der Sozialisten in Italien.

Rom, 19. Okt. (Priv.-Telegr.) Zwischen der Sozialisten-Partei und der Sozialisten-Partei sind Verhandlungen eingeleitet, wonach Mussolini ein neues Gesetz über die Einsetzung eines einzigen Staatspräsidenten, der von beiden Parteien abgelehnt wird, das die Einsetzung des Sozialisten Facca als neuem für erledigt. Wie Augen richten sich nunmehr auf die große politische Übergang in Neapel.

Das Kompromiß in der Reichspräsidentenwahl.

Wie zu erwarten war, ist gestern die Verhandlung zwischen der Deutschen Volkspartei und der Weisung Sozialdemokratie in der Frage der Wahlentscheidung zu Ende gekommen. In der etwa einseitigen Verhandlung beim Reichspräsidenten war als Ergebnis ein Antrag (Priv.-Telegr.) festgestellt worden, demzufolge durch ein verfassungsmäßiges Gesetz die Amtszeit des gegenwärtigen Reichspräsidenten bis zum 1. Juli 1923 verlängert werden soll. Die Parteiführer hatten zunächst erklärt, ihre Fraktionen befragen zu müssen. Nachmittags stellte sich dann heraus, daß die Verhandlung leichter war, als man erwartet hatte. Die Deutsche Volkspartei fand sich mit dem verfassungsmäßigen Charakter des im Reichstag herbeizuführenden Gesetzes ab, und die Sozialisten willigten in eine Verlängerung der von ihnen auf 7 Jahre beschränkten Amtszeit des Reichspräsidenten um ein Jahr weniger. Um 9 Uhr kam man dann wieder beim Reichspräsidenten zusammen, um loszusagen die Unterschriften unter den „Pakt“ zu setzen.

Vor der Friedenskonferenz im Osten.

Rußlands Zulassung wahrscheinlich.

London, 19. Okt. (Priv.-Telegr.) Zwischen den beteiligten Kabinetten hat gegenwärtig die Vorbereitung für die Orientkonferenz im Gange. Die Konferenz wird ohne amerikanische Beteiligung stattfinden. Die englische Seite ist nun befreit, der von Paris aus vorbereiteten Nachricht entgegenzutreten, daß England bei den Pariser Verhandlungen sich der Teilnahme Russlands an der Konferenz widersetzt hat. Die bayerische Regierung hat dem „Welt-Telegraph“ erklärt, zu verstehen, daß die Schiedsrichter, denen Russland in dieser Frage begegnet, auf Frankreich zurückzuführen seien; allerdings habe inzwischen die russische Regierung in Folge der Berichte der russischen Presse sich geändert. Es ist immerhin bemerkenswert, mit welcher Offenheit man jetzt sowohl in London wie in Paris befreit ist, bei den russischen Nachrichten in günstigem Maße zu erscheinen.

Auch über den Ort der Konferenzunterhandlungen geben die Meinungen noch Rat auseinander. Es wird in der Zukunft, die von den Tischen vorzuziehen wurden, werden von England mit Rücksicht abgelehnt. Man sieht man würde man es hier sehen, wenn die

Konferenz in London zusammenzutreten.

was damit begründet wird, daß England vollständig und militärisch die stärkste Macht im Osten Orient ist. Sollte London von den übrigen Mächten abgelehnt werden, so wird von englischer Seite, der Welt und Amerika, wahrscheinlich mit Genf nicht einverstanden werden. Sonstige oder Venetia vorgeschlagen. Der Zusammentritt dürfte kaum vor Beginn des nächsten Monats erfolgen.

Schließlich gibt auch die Rolle Bulgariens nach an Verhandlungen Anlaß. Italien hat das Eruchen ausgesprochen, daß die Serben und Rumänen auf der Konferenz vollberechtigt teilnehmen.

auch Bulgarien auf gleicher Stufe zugelassen werde. Siegenen wird von Seiten Englands eingewendet, daß Bulgarien im Gegensatz zu den übrigen vorgeschlagenen Mächten, nicht an der Konferenz teilnehmen würde und infolgedessen auch am Vertrag nicht beteiligt war. Die Gewährung eines Korridors entlang dem westlichen Balkan nach Deobanad wird in unterirdischen Freilen zukommen beurteilt, weil damit zwischen Österreich und Italien eine Verbindung erreicht würde, und weil Bulgarien damit dem im dem Friedensschluß verprochenen Zugang zum Meere erhalten würde.

Frankreich und Italien für eine Konferenz.

Paris, 19. Okt. (Priv.-Telegr.) Auf den von Seiten Englands in der Zukunft von dem gemeintem Verhandlung, vor der Reichspräsidenten eine Sonderabhängigen Konferenz zur Regelung wichtiger Fragen einzuberufen, hat man sich über, die französische Regierung in zustimmendem Sinne angenommen, obwohl sie beachtlich an dem Gedanken stehen hat, daß eigentlich alles bereits auf der Pariser Konferenz im Monat März vorbereitet worden wäre. Als Tagungsort hält Frankreich inoffiziell an Paris fest und wünscht, daß die Konferenz spätestens am 20. Oktober beginnt.

